

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 14. Oktober 1987

am Donnerstag, dem 15. Oktober 1987

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Abelein (CDU/CSU)	13, 14	Leidinger (SPD)	21, 22
Becker (Nienberge) (SPD)	49, 50	Nolting (FDP).	27, 28
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	44, 45	Pauli (SPD)	38, 39
Dreßler (SPD).	17, 18	Schily (DIE GRÜNEN)	1, 2
Eigen (CDU/CSU)	11, 12	Schreiner (SPD)	19, 20
Grünbeck (FDP)	6	Steiner (SPD)	29, 30
Heyenn (SPD)	15, 16	Stiegler (SPD)	3, 46
Hinsken (CDU/CSU).	40, 41	Dr. Uelhoff (CDU/CSU)	42, 43
Dr. Hitschler (FDP).	7, 8	Weiss (München) (DIE GRÜNEN).	36, 37
Dr. Jens (SPD)	4, 5	Dr. de With (SPD)	9, 10
Jungmann (SPD)	23, 24	Wüppesahl (DIE GRÜNEN)	47, 48
Dr. Klejdzinski (SPD).	31, 32	Frau Würfel (FDP)	34, 35
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	33	Zumkley (SPD)	25, 26

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	11

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)

Haben Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg, bei seinen Ausführungen vor dem Deutschen Bundestag am 18. September 1987 Kenntnis von Tatsachen gehabt, die den Verdacht von falschen oder irreführenden Angaben des früheren schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Dr. Barschel hinsichtlich der Diffamierungskampagne gegen den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Engholm begründen, und warum haben sie diese Informationen gegebenenfalls nicht rechtzeitig weitergeleitet?
2. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit, sich wegen der von einigen ihrer Mitglieder geübten Medienselbstzensur gegenüber der Redaktion des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL zu entschuldigen, nachdem nach Meinung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Ausgabe vom 9. Oktober 1987) Dr. Barschel „der Lüge in Teilen seiner Aussage praktisch überführt“ ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Finanzen

3. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Wie wird der durchschnittliche Pendler durch eine Anhebung der Mineralölsteuer um 10 Pfennige bzw. 20 Pfennige pro Liter belastet, und hält es die Bundesregierung für vertretbar, den Arbeitnehmern in den strukturschwachen Regionen mit niedrigen zu versteuernden Einkommen bei hohen Fahrtkosten die Entlastung durch die Steuerreform über eine Anhebung der Mineralölsteuer wieder zu nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

4. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) mit Vertretern des iranischen Verteidigungsministeriums über die Lieferung von Militärtransportflugzeugen des Typs Transall C-160 sowie über den Aufbau eigener iranischer Produktionsstätten in 1985 und 1986 verhandelt hat, und wie beurteilt sie derartige Verhandlungen mög-

licherweise mit dem Abschluß von Vorverträgen im Hinblick auf das geltende Außenwirtschaftsgesetz?

5. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)

Hält die Bundesregierung es unter wirtschafts- und außenpolitischen Gesichtspunkten für richtig, daß sie offenbar erst von derartigen Verhandlungen über Waffenlieferungen in Spannungsgebiete informiert wird, wenn es bereits zum Abschluß von Verträgen gekommen ist, die zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, und/oder plant sie gegebenenfalls eine Verschärfung der Kontrollmöglichkeiten für Waffenexporte?

6. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)

Wie ist der Einsatz von Arbeitnehmern aus der Deutschen Demokratischen Republik (z. B. in Baukolonnen) in der Bundesrepublik Deutschland geregelt, und wie hoch ist die Zahl dieser Beschäftigten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

7. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)

Welche Gründe führt die Bundesregierung dafür an, daß ein Auszubildender beim Fernmelde-trupp der Deutschen Bundespost für die Teilnahme bei „Jugend trainiert für Olympia“ keinen Sonderurlaub erhält?

8. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)

Verneint die Bundesregierung die Förderungswürdigkeit der sportpolitischen Ziele dieser Veranstaltung, da nicht einmal der gesetzliche Urlaub des Auszubildenden nach dem Bundesurlaubsgesetz gewährt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

9. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)

Hält es die Bundesregierung mit den Pflichten eines redlichen Schuldners für vereinbar, daß die Bundesrepublik Deutschland als Auftraggeber für Dollar-finanzierte Baumaßnahmen zugunsten der US-Streitkräfte häufig die genannten Zahlungsziele erheblich überschreitet und so mittelständische Baufirmen in Schwierigkeiten bringt, die zumindest Entlassungen von Mitarbeitern zur Folge haben können?

10. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung tun, um die Bundesrepublik Deutschland als Schuldner von Dollar-finanzierten Baumaßnahmen zugunsten der US-Streitkräfte für eine Summe von 125 800 DM bzw. 519 672,52 DM zur Zahlung an ein Bauunternehmen zu bewegen, wobei im ersteren Falle die geprüfte und unstrittige Summe am 5. August 1987 zur Zahlung fällig war und im zweiten Falle trotz ordnungsgemäßer Erbringung der Leistung bereits im Frühjahr 1986 die Zahlung vom zuständigen Finanzbauamt stereotyp mit dem Hinweis verweigert wurde, „es fehlt die letztendliche Bestätigung durch die Amerikaner“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

11. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung in Brüssel darauf hinwirken, daß der Qualitätsweizen, der wegen der Witterungsverhältnisse in anderen Ländern – z. B. England – sicher benötigt wird, aus EG-Ländern kommt und nicht zu Sonderkonditionen aus Drittländern?
12. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Aus welchem Grunde bewilligt die Bundesregierung nicht die Zahlung der Europäischen Gemeinschaft an die deutsche Sauerkirschenkonservenindustrie in Höhe von 7,5 Millionen DM für 1986, da der ganze Bereich Sauerkirschen doch ohnehin in den letzten Jahren riesige Probleme hatte?
13. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Wie entwickelt sich in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Schüler in landwirtschaftlichen Berufsschulen?
14. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Befürwortet die Bundesregierung über die bisher gültigen Regelungen weitere Kontingentierungsmaßnahmen in bisher dadurch nicht erfaßten landwirtschaftlichen Produktionszweigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

15. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Mehrkosten, die bei Auslaufen des Vorruhestandsgesetzes durch erhöhte Inanspruchnahme der neu-

en „59er-Regelung“ entstehen würden für Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, für Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und für den Ausfall von Rentenversicherungsbeiträgen, angesichts der Tatsache, daß vor Inkrafttreten des Vorruhestandsgesetzes jährlich rund 40 000 Arbeitnehmer durch die alte „59er-Regelung“ entlassen wurden und die Kosten hierfür vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung auf jährlich 2,26 Milliarden DM (ohne Lohnsteuer-ausfall) geschätzt wurden?

16. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Mehrkosten, die entstehen würden, falls der § 128 AFG vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben würde und die Rückerstattungspflicht der Arbeitgeber entfallen würde, und zwar bei der Bundesanstalt für Arbeit und bei der Rentenversicherung?

17. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in zahlreichen Tarifbereichen Verhandlungen über die Arbeitszeit begonnen haben oder unmittelbar bevorstehen, für die das Vorruhestandsgesetz von großer Bedeutung ist, und ist die Bundesregierung bereit, Klarheit zu schaffen, indem sie einen Gesetzentwurf zur Verlängerung und Verbesserung des Vorruhestandsgesetzes einbringt?

18. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es für Betriebe, die Arbeitnehmer entlassen wollen, wesentlich kostengünstiger ist, die Möglichkeiten des seit dem 1. Juli 1987 geänderten § 106 AFG (weitgehend erstattungsfreie Zahlung des Arbeitslosengeldes ab dem Alter von 57 Jahren und vier Monaten) auszuschöpfen, als das Vorruhestandsgesetz zu nutzen, und ist die Bundesregierung daher bereit, die Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Vorruhestandsgesetz zumindest soweit zu verbessern, daß die Vorruhestandsregelung nicht weiter auf Kosten der Bundesanstalt für Arbeit und der Rentenversicherung unterlaufen werden kann?

19. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des 7. Senats des Bundesarbeitsgerichtes vom 25. September d. J., wonach bei zeitlich befristeten Arbeitsverträgen im öffentlichen Dienst die Bestimmungen des BAT und nicht diejenigen des sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetzes gelten, für ihre Stellenpläne, insbesondere bei der Bundesanstalt für Arbeit?

20. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)

In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die Überwälzung von allgemeinen Verwaltungsaufgaben auf die Bundesanstalt für Arbeit, wie sie durch das zum 1. Januar 1987 rückwirkend in Kraft getretene Soldatenversorgungsänderungsgesetz sowie auch durch entsprechende

Regelungen im Entwurf für eine 8. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes wirksam wird, beim Personalhaushalt der Bundesanstalt für Arbeit zu berücksichtigen, zumal seit Jahresbeginn saisonbereinigt sowohl die allgemeine als auch die Behindertenarbeitslosigkeit steigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|---|--|
| 21. Abgeordneter
Leidinger
(SPD) | Wie viele Unfälle haben sich beim bisherigen Verlauf der NATO-Herbstübungen 1987 auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der bilateralen deutsch-französischen Truppenübung „Kecker Spatz“ bei Truppenteilen der Bundeswehr sowie bei den alliierten Streitkräften ereignet, welche personellen und materiellen Schäden sind zu beklagen? |
| 22. Abgeordneter
Leidinger
(SPD) | In welchem Umfang haben die in vorstehender Frage aufgeführten Truppenübungen zu Umweltschäden bzw. Flurschäden geführt, und welche Kosten sind dafür bisher angefallen bzw. insgesamt zu erwarten? |
| 23. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) | Wie wird der deutsche maritime Anteil zur Sicherung der NATO-Nordflanke in der Zeit des Einsatzes der deutschen Einsatzgruppe sichergestellt? |
| 24. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) | Inwieweit erhöht sich die Belastung der Bundesmarine, durch den Einsatz der deutschen Einsatzgruppe im Mittelmeer und der Notwendigkeit zugleich ihren Auftrag in Ost- und Nordsee sowie im Nordatlantik einschließlich des Ärmelkanals zu erfüllen? |
| 25. Abgeordneter
Zumkley
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, die Einsatzgruppe der deutschen Marine (1 Zerstörer, 1 Fregatte, 1 Versorger), die im Rahmen der NATO Naval on Call Force Mediterranean und anschließend bis Mitte Dezember unter Einsatzbefehl des NATO-Befehlshabers Comnavsouth im Mittelmeer operiert, durch andere Kräfte, wie z. B. Luftwaffe, Marineflieger, zu unterstützen? |
| 26. Abgeordneter
Zumkley
(SPD) | Welche Aufgaben übernimmt die Einsatzgruppe der deutschen Marine im Mittelmeer, insbesondere unter dem Kommando der NATO Naval on Call Force Mediterranean? |

27. Abgeordneter
Nolting
(FDP)
- Treffen Informationen zu („Münstersche Zeitung“ vom 6. Oktober 1987; „Westfälische Nachrichten“ vom 6. Oktober 1987), daß die Panzereinheiten der Bundeswehr von Münster-Handorf verlegt werden sollen, falls die Übungsplatzerweiterung nicht zustande kommen sollte?
28. Abgeordneter
Nolting
(FDP)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu Presseberichten („Münstersche Zeitung“ vom 6. Oktober 1987; „Westfälische Nachrichten“ vom 6. Oktober 1987) ein, denen zufolge aus der Sicht der militärischen Führung an anderen Orten geeignete Ausweichmöglichkeiten für die Panzereinheiten bestehen, und trifft es zu, daß im Falle einer Verlegung kein Ersatz für Handorf vorgesehen ist?
29. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- In welcher Höhe werden den Soldaten in Goose Bay, Labrador, Shilo, Kanada von dem reduzierten Übungsgeld in Höhe von 16 DM weitere Abzüge für die Verpflichtung an der Teilnahme der Truppenverpflegung abgezogen?
30. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Leistungen anderer NATO-Staaten für ihre Soldaten, die auch in Goose Bay üben, bekannt, und wie hoch sind diese?
31. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung veranlaßt, das Übungsgeld der in Goose Bay, Labrador, Shilo, Kanada übenden Soldaten von 21 DM um 5 DM auf 16 DM zu kürzen?
32. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Preisvergleiche für typische Warenkörbe in einzelnen Zonen vorgenommen, in denen deutsche Soldaten in Kanada eingesetzt sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

33. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ungeborenes Leben im Einzelfall auch wirtschaftlichen Bedürfnissen geopfert werden darf und die damit verbundene Aufgabe von Werten vom Gesetzgeber in Kauf genommen werden muß?
34. Abgeordnete
Frau Würfel
(FDP)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung im Rahmen der Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung von AIDS zu dem autologen Bluttransfusionskonzept ein?

35. Abgeordnete
**Frau
Würfel**
(FDP)
- Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der Verwendung überschüssiger homologer Blutkonserven für dritte Patienten unter dem Gesichtspunkt ihrer begrenzten Haltbarkeit und der Berücksichtigung gesetzlicher Vorschriften?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

36. Abgeordneter
Weiss
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Hält es die Bundesregierung angesichts der Katastrophe von Herborn und zahlreichen weiteren Unfällen beim Transport leichtentzündlicher, explosiver und brennbarer Flüssigkeiten nach wie vor für angemessen, daß für Benzin, Flugzeugtreibstoff u. ä. für die Beförderung im Straßengüterverkehr nach wie vor der Ausnahmetarif AT 291 vom Reichskraftwagentarif gilt, d. h., daß der Transport auf der Straße verbilligt und die Konkurrenzfähigkeit der Deutschen Bundesbahn verringert ist, und wie läßt sich das mit der Erklärung des Bundesministers für Verkehr, Dr. Warnke, vereinbaren, wonach der Transport gefährlicher Güter auf die Schiene verlagert werden soll?
37. Abgeordneter
Weiss
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die zweite Phase der Flugsicherungssimulation in Bretigny/Frankreich, mit dem das sogenannte „Sobernheimer Modell“ in der Flugsicherung erprobt werden sollte, das die Einführung der Vorherrschaft der Militärs im Luftraum vorsieht, längst abgeschlossen ist, und warum liegt der Abschlußbericht noch nicht vor bzw. warum ist dieser bislang nicht veröffentlicht?
38. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, angesichts des zunehmenden Straßenverkehrs und sich in letzter Zeit häufender LKW-Unfälle, insbesondere bei Gefahrguttransporten, Maßnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, daß Tempo 80 für LKW durch grundsätzlich regelmäßige Tachoscheibenkontrollen bei manipulationssicheren Fahrtenschreibern tatsächlich eingehalten wird?
39. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, § 7 der Gefahrgutverordnung Straße dahin gehend zu ändern, daß alle Transportgüter, von denen unmittelbar Gefahren für Mensch und Umwelt ausgehen, grundsätzlich nur noch mit der Deutschen Bundesbahn oder auf der Wasserstraße befördert werden dürfen?

40. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie oft und aus welchen Gründen haben sich am Flughafen München die Abflugzeiten bei der Lufthansa um zum Teil 30 bis 40 Minuten in den vergangenen drei Monaten verschoben, obwohl die Maschinen bereits abgefertigt waren?
41. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Lufthansa veranlassen, solche in letzter Zeit häufig zu verzeichnenden Zeitverzögerungen zu berücksichtigen, nachdem die Aussage eines Piloten lautete, man müsse sich weiterhin in München verstärkt auf Verzögerungen einstellen?
42. Abgeordneter
Dr. Uelhoff
(CDU/CSU)
- Da ein rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluß für die Verbesserung der derzeit absolut unzulänglichen, überregionalen Verkehrsanbindung der Südwestpfalz an den Rheingraben und nach Süddeutschland erst in ein paar Jahren zu erwarten ist, frage ich die Bundesregierung, welche Chancen sie sieht, kurzfristig zusätzlich die B 10 (zwischen Pirmasens und Wilgartswiesen) und die B 270 (zwischen Pirmasens und Kaiserslautern) dreispurig auszubauen?
43. Abgeordneter
Dr. Uelhoff
(CDU/CSU)
- Wann sind nach Meinung der Bundesregierung die technischen Voraussetzungen (Planung) und wann die rechtlichen Voraussetzungen (Planfeststellung) für diese zusätzlichen Baumaßnahmen abgeschlossen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

44. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Finden oder fanden innerhalb der EG in diesem Jahr weitere Tritiumfeldversuche statt (vgl. Drucksache 11/585), und wieviel Milligramm radioaktives Tritium wird geplant, dabei freizusetzen bzw. wurde freigesetzt?
45. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die hydrologischen und geologischen Untersuchungen des Professors Rutte zum Standort der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (vgl. Drucksache 11/182), auch in Anbetracht der neuesten Veröffentlichungen, und hält die Bundesregierung weitere Unterlagen zur Geologie und Hydrologie der betroffenen Gegend für angebracht?
46. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der nationale Gesetzgeber neben einer auf den Euratom-Vertrag gestützten Grenzwertverordnung betreffend radioaktive Belastungen im Interesse des Gesundheitsschutzes strengere Re-

gelungen erlassen kann als die EG, und wie beurteilt die Bundesregierung den Spielraum des nationalen Gesetzgebers neben EG-Verordnungen und Richtlinien, die auf Kompetenznormen des EWG-Vertrages in der Fassung der Europäischen Akte gestützt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

47. Abgeordneter
Wüppesahl
(DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die jüngsten Einschätzungen des US-Sonderbotschafters für Terrorismusabwehr, L. Paul Bremer III., wonach der europäische Terrorismus im letzten Jahr um 33 v. H. zurückgegangen sei, die Rote Armee „ernsthafte Probleme“ habe, diese „guten Neuigkeiten“ und diese „positive Entwicklung nicht übersehen“ werden dürfe (in: „Terrorismus“ Heft Nr. 9/September 1987)?
48. Abgeordneter
Wüppesahl
(DIE GRÜNEN)
- Wie ist die offensichtliche Diskrepanz gegenüber der veröffentlichten Bedrohungsanalyse etwa des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesministers des Innern zu erklären, wonach „die RAF personell, finanziell und in der Bewaffnung wieder so stark wie vor zehn Jahren“ sei (General-Anzeiger 22. August 1987)?
49. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß in Goose Bay, Labrador und Shilo wesentlich höhere Lebenshaltungskosten festzustellen sind als beispielsweise in Montreal oder in Ottawa?
50. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Hat das Bundesministerium des Innern, bevor es auf dem Wege einer Verordnung die Herabstufung veranlaßte, die Voten anderer Bundesministerien eingeholt, und wie haben diese Voten gelautet?

Bonn, den 9. Oktober 1987

